

Bericht September-Session 6.9. – 15.9.2010

1. Vereidigung

Susanne Bommeli musste bereits vor Sessionsbeginn krankheitsbedingt den Rücktritt aus dem Grossen Rat bekanntgeben. Ihr langjähriges Wirken wurde vom Ratspräsidenten mit aner kennenden Worten und vom Rat mit Applaus gewürdigt. Eva Desarzens, Boll, erste Ersatzkandidatin auf der FDP-Liste Bern Mittelland Nord, sowie Melanie Beutler, EVP (für Marianne Streiff-Feller) werden zu Sessionsbeginn als neue Grossrätinnen vereidigt. Eva Desarzens hat sich umgehend wieder mit vollem Einsatz in die Fraktion integriert. Wir wünschen Susanne Bommeli auf diesem Weg alles Gute mit der Hoffnung, dass sie den Kampf gegen die Krankheit gewinnen kann. So wie ich Susanne Bommeli kenne, wird es zumindest am Kampfgeist nicht fehlen.

2. Richterwahlen

Nach der umfangreichen ersten Etappe der Richterwahlen in der Juni-Session standen die Ergänzungswahlen an die Regionalgerichte, die Wahlen der regionalen Schlichtungsbehörden sowie zahlreiche weitere Wahlen auf der Traktandenliste. Nach der ersten Etappe in der Septembersession, in der wir (nach dem schlechten Ergebnis in den Grossratswahlen) überproportional profitiert hatten, kehrte diesmal Normalität ein. Dank der wiederum sehr kompetenten Vorbereitungsarbeit durch unsere Fraktions-Vizepräsidentin Katrin Zumstein konnten wir unser Wahlziel erreichen. Besten Dank, Katrin! Die Fraktion bittet alle FDP-Kandidatinnen und Kandidaten, die vom Grossen Rat nicht berücksichtigt wurden um Verständnis. Am Einsatz der Fraktion hat es nicht gelegen. So haben wir deutlich mehr Kandidatinnen und Kandidaten durchgebracht als der FDP gemäss Parteienproporz zustünde.

3. Bauliche Mängel am Gebäude der Frauenklinik des Inselspitals Bern

Im Bericht der Oberaufsichtskommission wird ausführlich dargelegt, dass die Sache von den Verantwortlichen her gelaufen ist und eigentlich niemand „schuldig“ ist. Es gab verschiedene Versäumnisse von verschiedenen Stellen, die in der Kumulation zu dieser unbefriedigenden Situation geführt haben. Fazit ist, dass die Mängelrechte verpasst wurden. Offenbar war erneut ein Schnittstellenproblem (Kanton/Inselspital) Ursache für die Versäumnisse. Wir können eigentlich nur noch murrend die „Leiche“ Frauenklinik beerdigen. Es hat sich gezeigt, dass die seinerzeitige (abgelehnte) Motion Pfister (FDP), welche die Federführung für grosse Projekte bei der Baudirektion ansiedeln wollte, ihre volle Berechtigung hatte. Aus den irreparablen finanziellen Schäden sollen dennoch die Konsequenzen gezogen werden bezüglich Organisation künftiger grösserer Projekte. Dafür hatte die FDP mit der Planungserklärung Kneubühler (FDP) Druck gemacht. Mit der Planungserklärung wird verlangt, dass die Federführung oder Koordinations-Verantwortung für grössere Projekte bei der BVE sein muss. Sie darf sich zukünftig solange nicht mehr aus der Verantwortung schleichen wie der Kanton bezahlt. Dies gilt auch dann, wenn die eigentliche Bauleitung nicht (mehr) bei der BVE ist. In der Beratung fand diese Planungserklärung die fast einhellige Zustimmung aller Parteien und des Präsidenten der Oberaufsichtskommission.

4. Motion „Schaffung einer Kommission des Grossen Rates für Aussenbeziehungen“ Motion „Einleitung einer Totalrevision des kantonalen Parlamentsrechts“

Diese Motion ist aus der Arbeit der Oberaufsichtskommission entstanden. Die interkantonalen Beziehungen nehmen durch zahlreiche Konkordate laufend an Bedeutung zu. Die Konkordate werden durch die Kantonsregierungen ausgearbeitet, der Grosse Rat kann zum Schluss nur noch JA oder NEIN sagen. Das ist unbefriedigend. Dass es Handlungsbedarf gibt, ist unbestritten, hingegen ist die Art und Weise der Lösung des Problems umstritten. Eine neue ständige Kommission (mit eigenem Sekretariat und entsprechenden Kosten), wie sie die Motion fordert, scheint unserer Fraktion als „zu hoch aufgehängt“. Sinnvoller wäre unseres Erachtens das Suchen verstärkter Mitwirkungsrechte des Parlaments bei Konkordaten im Rahmen der ohnehin kommenden Revision des Grossratsgesetzes. Die Mehrheit der FDP hat die Einführung einer neuen Kommission abgelehnt. Da die BDP und auch die OAK-Mitglieder der FDP und SVP die Motion unterstützten, kam diese durch. Die Motion betreffend Totalrevision des Parlamentsrechts wird praktisch einstimmig gutgeheissen.

- 5. Motion „Notrufzentrale 144 wohin?“**
 Nachdem der Grosse Rat vor ca. 1 Jahr eine Einheitsnotrufzentrale für den ganzen Kanton mit Sitz in Bern beschlossen hatte, startete die GEF aus eigener Initiative eine Vernehmlassung zu einer gemeinsamen Notrufzentrale 144 für den französischsprachigen Berner Jura und den Kanton Jura mit Zentrale in Delsberg! Die Vernehmlassung, zu welcher die Organisationen im Raum Biel/Bienne nicht begrüsst wurden, erlitt Schiffbruch. RR Perrenoud gab zwar Fehler in dieser komplett missratenen Übung der GEF zu, versuchte sich aber im Übrigen reinzuwaschen. Die Forderung der Motion, die Vernehmlassung sofort zurückzuziehen und vor einem allfälligen Entscheid den Grossen Rat zu befragen, wurde vom Rat in allen Teilen deutlich angenommen, gegen die Stimmen der SP....
- 6. Motionen „Spitalzentrum Biel: Der Kanton soll seine Verantwortung wahrnehmen“
 Interpellation „Spitalzentrum Biel: Viele offene Fragen“**
 In diesem Geschäft kommt der Gesundheitsdirektor ein zweites Mal massiv unter Beschuss. Die Diskussion dreht sich um die Führungsverantwortung und um die Führungs-Einflussnahme des Gesundheitsdirektors, der sich hinter einem Governance-Modell versteckt, welches ihm angeblich nicht erlaubt, beim Spitalzentrum Biel korrigierend/lenkend einzugreifen. Auslöser war die fristlose Absetzung des Bieler Spitaldirektors unter bisher immer noch unbekanntem Umständen. In den Voten werden zudem über alle Parteien hinweg Führungs- und Klimaprobleme im VR der Spital AG Biel festgestellt. In seinen Ausführungen verspricht der Gesundheitsdirektor, dem VR der Spital AG Biel keine Dechargen zu erteilen, bis der Fall geklärt ist. Die Motion wird als Postulat überwiesen ohne Abschreibung.
- 7. Motion „Spitex schwächen - Alters- und Pflegeheime überfüllen – Verwaltung aufblähen“**
 Die Motion verlangt einen Verzicht der auf den 1.1.2011 geplanten Kostenbeteiligung der Spitex-Patienten. Der Regierungsrat will mit der Patientenbeteiligung (kurzfristig) 15 Mio. sparen. Diese Möglichkeit ist durch das Bundesgesetz gegeben. Aus der Sicht der Motionäre ist aber damit zu rechnen, dass es dadurch zu mehr Spital- und Heimeinlieferungen kommen wird, was den Kanton langfristig teurer zu stehen kommen wird. Dazu kommt das Risiko, dass Angehörige, die Spitex-Leistungen erbracht haben, den Job an den Nagel hängen werden. Studien unterstützen diese Annahmen. Alle Fraktionen sind für Überweisung, eine klare Niederlage für den Gesundheitsdirektor. Öffentliche und private Spitex müssen gleich lange Spiesse haben. Die Motion wird fast einstimmig überwiesen.
- 8. Postulat „Einheitskrankenkasse für den Kanton Bern“**
 Dieses Lieblingsthema der Linken wird wieder einmal aufgewärmt mit dem Argument, dass in der Grundversicherung kein Wettbewerb besteht, da alle Kassen die exakt gleichen Leistungen erbringen müssen, andererseits aber die Kosten in der Werbung und den Mutationen durch Abwerbung von guten Risiken enorm hoch sind. Wegen Aussichtslosigkeit einer Annahme wird das Postulat zurückgezogen um zu vermeiden, dass der Eindruck entsteht, der Kanton Bern sei gegen eine Einheitskrankenkasse.
- 9. Programm Bildung und Kultur, Finanzierung der Massnahmen für eine Versuchsphase**
 Die Regierung beantragt aus Staatsmitteln und Mitteln aus dem Lotteriefonds einen mehrjährigen Kredit von total ca. 11 Mio. CHF.
 Nachdem das Geschäft schon in der Finanzkommission sehr umstritten war, plädierte die Rats-Rechte für Nichteintreten, bzw. für Rückweisung. Hauptbedenken: Kosten, vor allem langfristig. Links-grün war mehrheitlich für die Vorlage, die BDP war gespalten.
 Die FDP hat in diesem Geschäft konstruktiv politisiert. Unsere Fraktion wollte das Programm nicht komplett streichen, da auch sinnvoll Punkte dabei waren. Die FDP wehrte sich jedoch gegen die ausufernde Anstellung von sogenannten „Kulturvermittlern“ in der Schule. Die FDP stellte daher einen Rückweisungsantrag mit klaren Vorgaben, welche Punkte aus der Vorlage zu streichen sind. Nach langen Verhandlungen kam unser Antrag schliesslich durch. Wir haben damit zeigen können, dass für uns Bildung und Kultur wichtig sind und eng zusammen gehören, dass aber auch in diesem Bereich auf die finanziellen Möglichkeiten Rücksicht genommen werden muss.
- 10. Motion „Kindergärten brauchen zusätzliche Unterstützung“**
 Der Versuch der Linken, mit dieser Motion Mittel in nicht definierbarer Höhe künftig auf Dauer einzustellen, wird vom Rat im Verhältnis 3:2 abgelehnt. Die FDP hätte den Vorstoss als Postulat unterstützt, da nachvollziehbar ist, dass im Kindergarten ein Personalressourcenproblem besteht. Der sture Motionär Roland Näf (SP) hielt trotz klarer Ausgangslage an der Motion fest und erlitt dann Schiffbruch. Es ging der SP offenbar nicht um Sachpolitik.....
- 11. Wassernutzungsgesetz**
 Die Gesetzesrevision war in Angriff genommen worden nach dem unglücklichen Entscheid des Bundesgerichts zum „Ausbau Grimsel-West“. Die Gesetzesrevision war in der vorberatenden Kommission weitgehend unbestritten, das Eintreten auf die Revision im Rat ebenfalls. Bei der Revision ging es darum, die Eckwerte zu bestimmen, unter denen eine Konzession erweitert, bzw. auf eine Neukonzession verzichtet werden kann. Die einzigen umstrittenen Punkte waren die sog. „konzedierte Wassermenge“ und die „Fallhöhe“. Ein Antrag der SVP zur Erhöhung dieser beiden Eckwerte um je 10% gegenüber dem

Gesetzesentwurf wurde vom Rat grossmehrheitlich abgelehnt, da die Rechtsprechung in diesem Bereich relativ eindeutig davon ausgeht, dass eine Erhöhung über die im Gesetz vorgesehenen 10% als nicht mehr „unwesentlich“ betrachtet wird (so dass dann eine neues Konzessionsverfahren eben zwingend notwendig wird). Unsere Fraktion hat sich hier für die sichere Kommissionslösung ausgesprochen und die wenig hilfreiche SVP-Signalpolitik abgelehnt. Das Gesetz wurde schliesslich in erster Lesung mit Zweidrittelsmehrheit angenommen (gegen zahlreiche Rot/Grün-Stimmen).

12. Investitionsfondsgesetz

Die Regierung beantragt, dem Fonds für Investitionsspitzen aus dem Ergebnis 2009 CHF 100 Mio. zuzuweisen. Die Finanzkommission unterstützt das Vorhaben.

Die FDP hat diesen Fond immer bekämpft, weil er letztlich eine Umgehung der Schuldenbremse darstellt und in den Direktionen Spardruck wegnimmt. Nun da der Fonds existiert, muss es unser Ziel sein, dafür zu sorgen, dass die Mittelentnahmen aus dem Fond zielgerichtet erfolgen. Die FDP hat Pro und Contra dieses Investitionsspitzenfonds noch einmal breit diskutiert und die Vertreter von HIV und Berner KMU angehört. Der HIV (Adrian Haas) lehnt den Fonds nach wie vor ab. Die Berner KMU (Christoph Erb) unterstützen hingegen diesen Fonds. Die FDP hat aus dieser unterschiedlichen Haltung der massgebenden Wirtschaftsverbände geschlossen, dass sich ein grundsätzlicher Kampf gegen diesen Fonds zur Zeit nicht lohnt. Es gibt halt offenbar zahlreiche Gewerbler, die diesen Fonds unterstützen. Unsere Fraktion hat daher entschieden in dieser Frage nicht unnötig Energie zu verschwenden. Schliesslich hat unsere Fraktion der erneuten Äufnung des Fonds mehrheitlich zugestimmt.

13 Motion „Ausgaben hinterfragen: Baustandards – Zweckmässigkeit statt Luxus“

Diese Motion fordert den Regierungsrat auf, auf Grund der finanziellen Lage des Kantons 1. bei Bauten der öffentlichen Hand zweckmässige Standards zu wählen und 2. auf Luxusausführungen (z.B. Minergie P-Eco) und auf Kunst am Bau zu verzichten.

Die Beratung ergibt, dass die Punkte 1. und 2. weitgehend unbestritten sind, obwohl die Baudirektorin der Meinung ist, dass die heute angewendeten Standards zweckmässig sind und sich ein Verzicht auf Minergie P-Eco langfristig energetisch und wirtschaftlich negativ auswirken würde.

Zur Kunst am Bau sind die Meinungen am widersprüchlichsten, wobei auch dieser Punkt bei der Baudirektorin z.T. auf Verständnis stösst. Sie macht darauf aufmerksam, dass für einen vollständigen Verzicht aber eine Gesetzesänderung nötig wäre.

Der Rat überweist Punkt 1. als Motion sehr deutlich, den Punkt 2. als Postulat und den Punkt 3. als Motion knapp. Der Rat folgt hier der Linie der FDP. Unsere Fraktion hat die Reduktion der Standards sowie die Reduktion des Standards bei „Kunst am Bau“ unterstützt. Hingegen hat die FDP einen generellen Verzicht auf Minergie P-Eco nur als „unverbindliches“ Postulat unterstützt. In diesem eng begrenzten Teil hat sich die FDP-Fraktion für einmal „ökologischer“ als SVP und BDP gezeigt.

14. Sporthallen Weissenstein AG: Beitrag aus dem Sportfonds

Kreditgeschäft: Beitrag von 4.463 Mio. CHF aus dem Sportfonds (25% von 17.854 Mio. CHF).

Das Co-Projekt der Gemeinden Bern und Köniz deckt eine wesentliche Lücke in der Hallenkapazität im Raum Bern. Der Bedarf an zusätzlichem Hallen-Raum ist grundsätzlich unbestritten.

Aufgrund der finanziellen Schiefelage des Sportfonds hatte der Regierungsrat im Dezember 2009 eine deutlich restriktivere Beitragspraxis beschlossen. Nach den neuen Regeln hätte der Beitrag an die Dreifachturnhalle Weissenstein nur noch 1.8 Mio. CHF betragen anstelle der 4.46 Mio. Die Finanzkommission beantragte deshalb Rückweisung des Kreditgeschäftes, um keine Präjudizien zu schaffen.

In Kenntnis dieser Ausgangslage beantragte der Regierungsrat dennoch, in diesem Fall die alten Regeln zur Anwendung zu bringen. Der Rat (inkl. FDP) zeigte sich Sport-freundlich, schmetterte den Rückweisungsantrag der Fiko ab und hiess den Beitrag fast einstimmig gut. Dieses klare Ergebnis wurde möglich, weil der Regierungsrat („unser“ Hansjürg Käser) klar machen konnte, dass neben „Weissenstein“ nur noch ein altes Projekt in der Pipeline ist (die Bieler-Stadien...).

15. Motion „Bessere Arbeitsbedingungen für unsere Polizei“

Was unter „besseren Arbeitsbedingungen“ zu verstehen ist, wurde in der Debatte unterschiedlich interpretiert. Für die einen ist es die Akzeptanz für eine härtere Gangart im Polizeieinsatz gegen rechtsfreie Räume und Drogen, für die anderen ist es Realloohnerhöhung, 5. Ferienwoche und Korrektur am Arbeitszeitmodell. Zum Schluss überwies der Rat den Vorstoss als Postulat. Konkret ging es letztlich um nichts, gekostet hat es (ausser einer Stunde Palaver) auch nichts.

16. Motionen: - „Aufgaben hinterfragen: Aufgabendialog wieder aufnehmen“ - „Für eine echte strategische Aufgabenüberprüfung“

Die finanzpolitischen Aussichten für den Kanton Bern haben sich seit Herbst 2008 grundlegend verändert. Für 2010 musste die Finanzdirektion die Steuerertragsprognosen um 400 Mio. und für 2011 um 500 Mio. CHF nach unten korrigieren. Andererseits kommen erhebliche Mehrbelastungen auf den Kanton zu. Die Revision des KVG wird den Kanton ca. 300 Mio. kosten. Dazu kommt die Revision des Steuergesetzes, welches zu Mindereinnahmen von 150 – 200 Mio. führen wird in den kommenden Jahren. Aufgrund dieser Sachlage hat der Regierungsrat bereits im Februar 2010 ein Entlastungspaket beschlossen.

Die Rechte und die Mitte im Rat sprechen sich für eine Wiederaufnahme der Aus- und Aufgabenüberprüfung aus. Der Aufgabendialog ist seinerzeit nicht zuletzt darum gescheitert, weil aufgrund der guten Einnahmesituation der Druck weggefallen ist, effektiv etwas zu unternehmen auf der Ausgabenseite.

Die Ratslinke kann sich erwartungsgemäss mit den Motionen nicht anfreunden.

Der Rat beschliesst mit deutlichem JA, der Aufgabendialog sei wieder aufzunehmen und dem Grossen Rat seien Vorschläge aller Direktionen vorzulegen, wo der Aufwand um 10% oder mehr reduziert werden kann, ohne dass die Aufgaben grundsätzlich nicht mehr erfüllt werden können.

Weiter beschliesst der Rat mit noch deutlicherem JA, die staatlichen Aktivitäten grundlegend zu überprüfen unter Einbezug von Parlament, Regierung und Verwaltung von Beginn weg.

Die bürgerliche Mehrheit im Rat hat hier einwandfrei gespielt bis in die Gefilde der GLP. Es wird aber noch grosser Hartnäckigkeit bedürfen, um in der Verwaltung in dieser Sache etwas zu bewegen.

17. Gesetz über die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter (Änderung)

Aufgrund der grossen Zahl von FFE-Fällen in der Stadt Bern, für deren Behandlung eine grössere Zahl Regierungsstatthalter-Stellvertreter eingesetzt werden muss, wollte der JGK-Direktor eine Änderung des Gesetzes vornehmen. In Kenntnis der Fragwürdigkeit der Vielzahl von Stellvertretern war die vorberatende Kommission einstimmig der Meinung, auf die Vorlage nicht einzutreten und die Gesetzesänderung im Jahr 2013 zusammen mit den sich aus dem neuen Jugend- und Erwachsenenschutzgesetz ergebenden Anforderungen zu überarbeiten. Der Rat folgte der Kommission mit grosser Mehrheit.

18. Motion: „Verschleierung in der Kantonsverwaltung“ und „Standesinitiative für ein Verschleierungsverbot in öffentlichen Einrichtungen“

Diese beiden populistischen Motionen bestachen nicht gerade durch Präzision ihrer Formulierungen. Einmal war die Rede von „Kopftuch“, dann von „Schleier“ und auch was eine „öffentliche Einrichtung“ ist, war nicht klar. Zwar versuchten die Motionäre im Laufe der Beratung diese Begriffe zu präzisieren, drangen aber letztlich beim Rat mit Ihren Anliegen knapp nicht durch, nicht zuletzt deshalb, weil viele GR nicht goutierten, dass Motionstexte, je nach dem woher der Wind weht, in der Debatte noch uminterpretiert werden können.

19. Motion: „Das Schweiz. Nationalgestüt in Avanches darf nicht geschlossen werden“

Der Grosse Rat entschied im Verhältnis 2:1, dass sich der Kanton beim Bund für den Erhalt des Nationalgestüts in Avenches einsetzen muss. Dieser Auftrag ist insofern fragwürdig, als das Nationalgestüt nicht im Kanton Bern liegt, sondern im Kanton Waadt. Dass die Debatte emotional geführt wurde, erstaunt bei diesem Thema nicht. Dass dabei das rationale Denken mehrheitlich auf der Strecke blieb, schon.

20. Motion: „EU-Freihandelsabkommen“

Die Motion verlangt, dass sich der Kanton beim Bund für den Abbruch der Verhandlungen über ein Agrar-Freihandelsabkommen einsetzt, weil der Kanton Bern als grosser Landwirtschaftskanton von einem solchen Abkommen besonders stark betroffen wäre.

In der Debatte wurde von den Befürwortern ein Weltuntergangsszenario für die Landwirtschaft aufgezeichnet, der grösste Teil der Landwirtschaftsbetriebe sei in der Existenz bedroht, es werde zu massenhaften Betriebsaufgaben kommen. Die Gegnerschaft wies darauf hin, dass es falsch sei, Verhandlungen abzubrechen, bevor ein Vorschlag auf dem Tisch liegt. Letztlich geht es darum, ob ein Freihandelsabkommen den 96% Nicht-Bauern insgesamt Vorteile bringt, die die Nachteile für die 4% Bauern überwiegen. Letztlich ist es ja die übrige Wirtschaft, welche die Subventionen für die Landwirtschaft erarbeitet. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft ist nicht aufzuhalten, mit oder ohne Freihandel.

Der Rat überweist die Motion aufgrund einer geschlossenen Front von SVP und BDP gegen eine geschlossene FDP relativ knapp. Damit wird das Bild eines nicht gerade innovativen konservativen landwirtschaftlichen geprägten bernischen Agrarkantons zementiert. Schade.

Verantwortlich für den Sessionsbericht:

Adrian Kneubühler (Fraktionspräsident, Nidau)

Hans Baumberger (Fraktionsvizepräsident, Langenthal)